



Freitag, 25. April 1975

Blatt 1033

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal:      Gemeinsamer Antrag: Sperrfriedhöfe: Fristen um  
(rosa)              zehn Jahre verlängert

Wiener Landtag

Wiener Gemeinderat

Lokal:              Verkehrsmaßnahmen der kommenden Woche: Kabelbau-  
(orange)              arbeiten am Floridsdorfer Brückenkopf

Gewässerverunreinigung in der Lobau

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So.  
14 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

k o m m u n a l :

=====

gemeinsamer antrag:

sperrfriedhoeefe: fristen um zehn jahre verlaengert

2 wien, 25.4. (rk) die fristen fuer die sogenannten sperrfriedhoeefe sollen um zehn jahre verlaengert werden. dies ist der inhalt eines gemeinsamen antrages aller drei im wiener gemeinderat vertretenen parteien, der freitag eingebracht wurde. diese fristenverlaengerung betrifft die 16 wiener friedhoeefe kaiser-ebersdorf, meidling, altmannsdorf, hetzendorf, lainz, hadersdorf, gersthof, poetzleinsdorf, heiligenstadt, stammersdorf-ort, leopoldau, hirschstetten, stadlau, erlaa, siebenhirten und kalksburg.

diese friedhoeefe sollten urspruenglich nach dem 31. dezember 1975 fuer beilegungen in bestehenden grabstellen gesperrt werden. die vom gemeinderat beschlossene frist fuer die betreuung der grabstellen in den sperrfriedhoeefen soll vom 31. dezember 1985 auf ende 1995 erstreckt werden. hingegen bleibt es dabei, dass keine neuen und heimgefallenen grabstellen mehr vergeben werden. (pr)

1120

l o k a l :

=====

verkehrsmassnahmen der kommenden woche;

kabelbauarbeiten am floridsdorfer brueckenkopf

3 wien, 25.4. (rk) im bereich des linksufrigen brueckenkopfes der floridsdorfer bruecke beginnen am montag kabelbauarbeiten bei der post, die zur folge haben, dass etwa zwei wochen lang werktags immer von 20 bis 6 uhr die richtungsfahrbahn zur stadt gesperrt werden muss. die fahrzeuge werden auf den gleiskoerper umgeleitet.

(gt)

1123

Kommunal:

## Wiener Landtag

=====

Wien, 25.4. (RK) Heute Freitag trat der Wiener Landtag unter dem Vorsitz seiner Ersten Präsidentin Maria Hlawka (SPÖ) zu einer Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung stand eine Novelle zum Ruhe- und Versorgungsgenußzulagegesetz 1966, nach der für Beamte der Stadt Wien, die früher in einem Dienstverhältnis zu anderen inländischen Gebietskörperschaften standen, die für die Ruhe- und Versorgungsgenußzulage anrechenbaren Nebengebühren aus diesem Dienstverhältnis auch angerechnet bekommen. Berichterstatter war Stadtrat Kurt Heller (SPÖ). Es gab keine Debatte. Die Novelle wurde in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Zwei von der ÖVP eingebrachte Anträge betreffend die Höhe der Pflegegelder für pflegebedürftige Behinderte und die ersatzlose Streichung der Altersbegrenzung im Rahmen des Behindertengesetzes wurden dem zuständigen Ausschuß zugewiesen. (Am)

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

Kommunal:

## Wiener Gemeinderat

=====

Wien, 25.4. (RK) Dem Wiener Gemeinderat, der Freitag unter dem Vorsitz von Bürgermeister Leopold Gratz zusammentrat, lagen 104 Geschäftsstücke vor. Es wurden zwei Anfragen der FPÖ und eine Anfrage der ÖVP eingebracht. Fünf Anträge der ÖVP betreffend Mitentscheidungsrecht der Pfleglinge in Altersheimen bei der Erarbeitung der Heimordnung, die Kostenübernahme von Seniorenklubs kirchlicher Institutionen durch die Stadt Wien, die Erstellung einer Untersuchung über Kaufkraft und Kaufflächenbedürfnisse im Großraum Wien, die Errichtung eigener Wahlsprenkel in nicht-städtischen Heil- und Pflegeanstalten und eine Untersuchung über die Auswirkungen des im nächsten Jahrzehnt zu erwartenden Bevölkerungszuwachses wurden den zuständigen Gemeinderatsausschüssen zugewiesen.

Dann erfolgte die Wahl von GR. Holub (SPÖ) anstelle von Bezirksvorsteher Stockinger in die Pflegeheimkommission sowie von zwei Vertrauensleuten in die Gemeindevermittlungsämler der Bezirke 13 und 23.

Altstadterhaltung

GR. Prof. Sackmayer (SPÖ) referierte den Antrag, für die Renovierung von 64 Objekten aus dem Altstadterhaltungsfonds 16 Millionen S zur Verfügung zu stellen.

GR. Dkfm. Bauer (FPÖ) stimmte den Bemühungen zur Erhaltung denkmalgeschützter Objekte zu, kritisierte jedoch, daß Demolierer und "Kulturbarbaren" noch immer in Wien aktiv sein können. Beim Beispiel Judenplatz mit den Häusern "Zum großen Jordan" und zur "Flucht nach Ägypten" sehe die Gemeinde Wien tatenlos zu. Gleichzeitig werde das Stadtbild durch einen beabsichtigten Neubau hinter dem Palais Auersperg gefährdet.

GR. Edlinger (SPÖ) entgegnete, daß gerade in den letzten Wochen und Tagen alle baubehördlichen Möglichkeiten ausgeschöpft worden seien um die beiden Häuser am Judenplatz zu erhalten: Die Ersatzvornahme sei angeordnet, die Vorauszahlung der Kosten vorgeschrieben und vorgestern schließlich die Rangvormerkung im Grundbuch vorgenommen worden. Was das Projekt in der Lerchenfelder Straße betreffe, hätten alle zuständigen Ausschüsse und Gremien zugestimmt. Auflagen wurden von den Architekten erfüllt. Dennoch habe Bürgermeister Gratz angeregt, daß der Fachbeirat für Stadtplanung die Einwendungen nochmals überdenken möge. Im übrigen nehme das Projekt durchaus Rücksicht auf das Palais Auersperg. Es werde auch gewisse Verbesserungen bringen, wie die Absiedelung der Druckerei und eine Verbesserung der Verkehrsverhältnisse durch Beseitigung der Straßenge.

Seit der Gründung des Altstadterhaltungsfonds vor drei Jahren sind insgesamt 77 Millionen S für die Renovierung von 381 Objekten ausgegeben worden. Die heutige Denkmalpflege dürfe weder nach politischen Gesichtspunkten noch nach rein musealen Bestrebungen erfolgen. Es sei vielmehr darauf Bedacht zu nehmen, die alten Stadtteile zu revitalisieren, die Funktion des Wohnens im Stadtkern zu erhalten. Es sei eine sinnvolle Synthese zwischen dem erhaltenswerten Alten und dem kreativen Neuen herzustellen.

Abstimmung: einstimmig angenommen. (Smo)

#### Schauspielergagen

GR. Mayr (SPÖ) referierte den Antrag, den Wiener Privattheatern für die Erhöhung individueller Gagen zum Zweck der Ensemblepflege fünf Millionen S zur Verfügung zu stellen.

GR. Dr. Müller (SPÖ) stellte in der Debatte fest, daß damit der Abwerbung von Spitzenkräften - Schauspieler, Regisseure und Bühnenbildner - durch ausländische Theater Einhalt geboten werden soll. Für das Theater in der Josefstadt sind 1,630.000 Schilling vorgesehen, einen Betrag in gleicher Höhe wird das Volkstheater erhalten, das Raimundtheater bekommt 1,240.000 Schilling. Schließlich erhalten das Theater der Jugend 300.000 und diverse Kleinbühnen 200.000 Schilling.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

### Schutzzone

GR. Hermine Fiala (SPÖ) referierte über die Aufhebung und Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für das Gebiet zwischen Anton Krieger-Gasse, Lindauergasse, Rudolf Waisenhorn-Gasse, Rodauner Straße, Breitenfurter Straße und Jägerweggasse sowie die Festsetzung einer Schutzzone für einen Teil dieses Gebietes. Das bisher ländlich gewidmete Gebiet soll teilweise in den Wald- und Wiesengürtel aufgenommen, der Ortskern von Kalksburg soll Schutzzone werden.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) bemängelte als Debattenredner, daß nun nach der Verbauung des Georgenberges auch angrenzende Hänge in Richtung Himmelwiese verbaut statt in den Wald- und Wiesengürtel einbezogen werden sollen und stellte den Antrag, das fragliche Gebiet in den Wald- und Wiesengürtel einzubeziehen. Dieser Antrag wurde abgelehnt. GR. Hermine Fiala (SPÖ) versicherte in ihrem Schlußwort, daß keineswegs vor dem Grundeigentümer - der Bundesgebäudeverwaltung - kapituliert worden sei und daß keine Umwidmung in Bauland vorgenommen wurde.

Abstimmung: Angenommen mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP.

### Auflockerung

Das nächste Geschäftsstück, referiert von GR. Hermine Fiala (SPÖ), betraf die Aufhebung und Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes eines Gebietes in Favoriten, zwischen Laxenburger Straße, Quellenstraße, Favoritenstraße und Troststraße. Die Umwidmung soll die Auflockerung und kleinräumige Entmischung dieses Wohngebietes ermöglichen, das zahlreiche noch vor 1880 gebaute Häuser aufweist.

GR. Fiala deponierte bei dieser Gelegenheit drei Wünsche der Favoritner. Sie betreffen ein Jugendzentrum, ein weiteres Bad, womöglich im Westen des Bezirks gelegen, und eine Kunsteishalle.

Abstimmung: Einstimmig angenommen. (We)

### Debatte um Flächenwidmungen

GR. Kranz (SPÖ) beantragte die Aufhebung und Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für das Gebiet zwischen Brünner Straße, Gerasdorfer Straße, Ruthnergasse und Fußweg 1 in Floridsdorf. Das Areal soll verbaut und mit Einkaufszentrum,

Kindergarten und der erforderlichen Infrastruktur versehen werden. GR. Krenn (FPÖ) wies darauf hin, daß die barriereartige Verbauung dieses Gebietes mit neungeschossigen Wohnhäusern keine städtebaulich befriedigende Lösung sei. Sie bedeute eine Verminderung der Wohnqualität für die in diesem Gebiet befindlichen Bewohner der kleinen Siedlungshäuser. Seine Fraktion könne dem Antrag daher nicht zustimmen, sagte Krenn.

Stadtrat Ing. Hofmann führte aus, daß es mit dem dortigen Siedlerverein positive Gespräche gegeben habe. Für das Gebiet sei die Auflage erteilt worden, daß zwischen den bestehenden Siedlungsbereichen keine andere als eine Siedlungsverbauung vorgeschlagen werden dürfe. Das finde auch im neuen Plan seinen Ausdruck. Das Gebiet werde mit höheren Bauten abgeschlossen, wobei eine Unterbrechung und Auflockerung der Wohnhausflächen berücksichtigt werden würde. Es werde einen organischen Abschluß des Siedlungsgebietes mit Terrassenhäusern geben.

Abstimmung: Mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

GR. Czettel (SPÖ) beantragte die Aufhebung und Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für ein Gebiet im 14. Bezirk. GR. Dr. Glatzl (ÖVP) lehnte die fleckerlteppichartige Verplanung im Bezirk ab. Es liege kein Gesamtkonzept vor, meinte er. Glatzl kritisierte vor allem ein Quadrat (Lützowgasse-Felbigerstraße-Mitigasse-Vogtgasse), das derzeit auf Betriebsbaugebiet ausgewiesen ist und nun auf Wohnbaugebiet geändert werden soll, obwohl sich dort ein Betrieb befindet. GR. Dinhof (SPÖ) vertrat den Standpunkt, daß ein Gebiet, das von der Stadtplanung bereits überarbeitet worden sei, auch eine neue Flächenwidmung erhalten solle. Schließlich müsse man damit im Zusammenhang auch die Aufhebung von bestehenden Bausperren sehen. Die zuständige Magistratsabteilung habe sich bei diesem Flächenwidmungsplan überdies sehr bemüht und Einwände und Vorschläge des Bezirkes berücksichtigt.

Abstimmung: Mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ angenommen. (AM)

#### Diskussion über Garagenpächter

GR. Margarete Tischler (SPÖ) referierte über die Änderung des Untermietvertrages mit dem Pächter der Garage unter dem Amtshaus Am Modenapark. GR. Krenn (FPÖ) kritisierte diese neuerliche

Änderung, warf dem Pächter Unfähigkeit vor, bezeichnete den Vertrag als Monstrum und empfahl die Abschließung eines neuen Vertrages mit einem neuen Vertragspartner. Tischler replizierte im Schlußwort, daß von einer kaufmännischen Unfähigkeit des Pächters nicht die Rede sein könne, immerhin habe er als Industriekaufmann bei der Zusammenarbeit mit einer großen Erdöl-firma jahrelang sein kaufmännisches Talent unter Beweis gestellt. Der Vertrag wurde mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

#### Hilfe für Körperbehinderte

GR. Gawlik (SPÖ) referierte einen Antrag zur Unterstützung eines Behindertenklubs. Der Verein "Klub Handicap - Interessengemeinschaft der Körperbehinderten" soll vom Sozialamt für das Jahr 1975 einen Unterstützungsbeitrag von 110.000 Schilling erhalten. Durch diese Unterstützung soll die Beratung und Betreuung der Mitglieder dieses Klubs und die Förderung sozialer Kontakte ermöglicht werden.

GR. Franzisa Fast (SPÖ) wollte diese Unterstützung als neuerlichen Beweis dafür gewertet wissen, daß für Behinderte in Wien sehr viel getan werde. Vorbildliche Maßnahmen des Bundes hätten in den letzten Jahren die Maßnahmen des Landes Wien sinnvoll ergänzt. Durch die Einführung des Mutter-Kind-Passes sei man vor allem in der Früherkennung und Frühbehandlung körperbehinderter Kinder einen entscheidenden Schritt weitergekommen. Wenn die ÖVP in einem Flugblatt die Bevölkerung darauf aufmerksam mache, daß die Bevölkerung für die Fehler der SPÖ zahle, müsse sie die Frage stellen, ob diese Partei es als Fehler ansehe, das Sozialbudget um 32 Prozent zu erhöhen. (Stadtrat Goller: "Das ist politische Schizophrenie".)

Abstimmung: Einstimmig angenommen. (RP)

#### Behindertenhilfe

GR. Maria Szöllösi (SPÖ) legte den Antrag vor, der Österreichischen Multiple-Sklerose-Gesellschaft für ihre Betreuungstätigkeit 250.000 S zur Verfügung zu stellen.

GR. Dr. Maria Flemming (ÖVP) begrüßte diesen Antrag ebenso wie die ohne Debatte beschlossene Unterstützung für den Club Handicap und die Gesellschaft "pro mente infirmis". Die ÖVP sei daran nicht unbeteiligt gewesen. Das zeige, daß die Arbeit der Opposition sinnvoll ist, wenn auf der anderen Seite das nötige Demokratieverständnis vorhanden sei. Die Rednerin kritisierte die Verordnung der Landesregierung zum Behindertengesetz. Diese Verordnung sei gesetzwidrig, weil sie keine Staffelung des Pflegegeldes nach der Schwere der Behinderung enthalte und weil die Höhe des Pflegegeldes nicht akzeptabel sei. Notwendig wäre es, Pflegegeld auch für schwerstbehinderte Kinder unter 15 Jahren vorzusehen.

Stadtrat Prof. Dr. Stacher (SPÖ) erklärte, daß Wien das Pflegegeld ändern wolle, allerdings eine bundeseinheitliche Regelung anstrebe. Die jetzige Verordnung sei nur eine vorläufige Lösung. Bei der Einschätzung der Sozialleistungen Wiens müsse man auch die sozialen Dienste der Stadt berücksichtigen.

Abstimmung: Einstimmig angenommen. (Sti)

#### Kontrollamtsbericht

Zum Ergänzungsbericht des Kontrollamtes der Stadt Wien über die Verbindlichkeiten des Bauring aus Bürgschaften für die Wohnbaugesellschaften Helios und Wohnkomfort stellte Finanzstadtrat Mayr (SPÖ) als Berichterstatter dem Grunde nach fest, daß Bürgschaften durchaus zu den Usancen in diesem Wirtschaftsbereich gehören. Es seien den beiden Gesellschaften projektbezogene Bürgschaften, wie sie üblich sind, um den Auftrag zu erhalten, sowie reine Finanzierungsbürgschaften ohne Deckung gewährt worden. Für Wohnkomfort wurden Bürgschaften übernommen: 1971 von 53 Millionen S, 1972 von 58 Millionen, 1973 von 96,5 Millionen und 1974 von ebenfalls 96,5 Millionen. Diese Bürgschaften wurden in den beiden letzten Jahren nur zum Teil ausgenützt. Für Helios gab es folgende Bürgschaften: 1971 6 Millionen, 1972 27,7 Millionen, 1973 40,8 Millionen und 1974 49,25 Millionen. Sie wurden ebenfalls nur zum Teil ausgenützt. Solche Abmachungen wären allerdings dem Aufsichtsrat vorbehalten gewesen. Der Aufsichtsrat sei aber niemals vor Mai 1974 damit befaßt worden. Im selben Jahr habe sich bei beiden Baugesellschaften die Lage so zugespitzt, daß sich der Bauring nicht mehr in der Lage sah, fällig werdende Wechsel zu prolongieren. Grund-

sätzlich - sagte Mayr - sei nicht der Bauring, sondern diese beiden Firmen von der Krida bedroht gewesen. Warum wurden dann bisher keine Schritte unternommen? Weil in dieser Situation zwei Dinge zu beachten gewesen seien: Erstens: Die optimale Wahrung der Interessen der Stadt Wien, und dies sei nicht unbedingt mit dem Konkurs der beiden Firmen identisch. Da es aber in der Folge nicht möglich war, die volle Offenlegung der Geschäftsgebarung zu erzielen, sei nun doch der Konkursantrag gestellt worden. Die zweite Frage betreffe jene Menschen, die Wohnungen bei den beiden Gesellschaften erworben haben. Es sei eine soziale Verpflichtung der Stadt Wien, dafür zu sorgen, daß diese Menschen keinen Schaden erleiden. In welcher Form dies geschehen wird, werde man entscheiden können, sobald die Offenlegung der Bücher erreicht worden ist.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) erklärte, daß sich der Gemeinderat bereits zum dritten Male mit einem Sonderbericht des Kontrollamtes in Sachen Bauring beschäftigen müsse. Nach diesem letzten Bericht, der auf einen Beschlußantrag der FPÖ zurückzuführen und vom Bürgermeister dankenswerterweise rasch veranlaßt worden sei, müßte das Material den Justizbehörden doch endlich für eine Anklage ausreichend sein. Mit Unfähigkeit allein seien derartige Transaktionen nicht mehr erklärbar, da müßten schon noch andere Motive mitgewirkt haben. Die Finanzierungshilfen an die beiden Gesellschaften seien erfolgt, als sich der eigene Ruin des Bauring bereits abgezeichnet habe. Die primäre Verantwortung der Direktoren sei zwar unbestritten, aber auch Eigentümer und Aufsichtsrat seien für das Debakel verantwortlich. So habe selbst der neue Aufsichtsrat noch im Vorjahr, als die Schwierigkeiten der beiden Firmen sichtbar wurden, neuerlich Bürgschaften von 11,5 Millionen übernommen. Zusammenfassend sagte Hirnschall: Nach dem 600 oder 650 Millionen Verlust in Arabien, nach dem 65 Millionen-Verlust mit einem Appartementgeschäft und den bisher 49,8 Millionen-Verlust für diese Bürgschaften und einer noch ausstehenden ungewissen Verlustsumme, könne man es nicht mehr verantworten, den Bauring aus Steuergeldern zu sanieren. (Smo)

Der nächste Debattenredner, GR. Dr. Macher (ÖVP) wies darauf hin, daß der Aufsichtsrat des Baurings die Geschäftsführung erst dann beauftragt hatte, sich näher mit der Geschäftsgebarung der Firmen "Wohnkomfort" und "Helios" zu befassen, als die aus den Bürgschaftsverpflichtungen erwachsenen Zahlungen 49,8 Millionen S erreicht hatten. Der Kontrollamtsbericht lasse auch den Schluß zu, daß der Bauring Bürgschaftsverpflichtungen übernommen hatte, ohne die finanziellen Möglichkeiten der beiden Firmen überhaupt zu kennen. Dr. Macher warf in diesem Zusammenhang die Frage auf, ob eine solche Vorgangsweise nicht unter den Paragraph 159 des Strafgesetzes falle, wonach derjenige zu bestrafen sei, der leichtsinnig Kredit gewährt.

Welche Motive hatte der Bauring, fragte Dr. Macher weiter, unter 101 Wohnbaugesellschaften in Wien ausgerechnet diese beiden Firmen auszuwählen und mit ihnen zusammenzuarbeiten, die mit einer Mindesteinlage an Stammkapital - 100.000 Schilling - gegründet worden waren?

Als sich herausstellte, daß die beiden Gesellschaften zahlungsunfähig waren, hatte der Bauring weder seine Forderungen eingeklagt noch die Arbeiten eingestellt, sondern im Gegenteil noch die Höhe der Bürgschaften aufgestockt. Anders ausgedrückt: der Bauring zahlte somit seine eigenen Leistungen.

Da die beiden Wohnbaugesellschaften auch Geschäfte tätigten, die außerhalb der Bautätigkeit lagen, finanzierte der Bauring Geschäfte, an denen er als Baufirma gar nicht interessiert war.

Im Kontrollamtsbericht sei von formlosen Aktenvermerken beim Bauring die Rede, die rechtlich keine Bedeutung hätten. Man müsse aber fragen, wer die Bürgschaften "vorgenehmigt" oder Sondervollmachten erteilt habe? Auch dem Kontrollamt sei es unmöglich gewesen, diesen Dschungel in mißbräuchlicher Verwendung von Steuergeldern zu durchdringen. Im Konkursverfahren sei hoffentlich Aufklärung zu erwarten, warum die beiden Gesellschaften so lange geschützt worden seien.

GR. Dr. Macher schloss seine Ausführungen mit dem Dank an das Kontrollamt, dessen nicht ganz vollständigen Bericht seine Fraktion gerne zur Kenntnis nehme.

GR. Busta (SPÖ): Mit der Schaffung der Holding sei ein System errichtet, das eine Fülle von Kontrollmöglichkeiten biete. Man habe die Konsequenzen gezogen und dafür gesorgt, daß derartige Vorkommnisse nicht mehr eintreten könnten. Die Presse und die Massenmedien bat GR. Busta, auf keinen Fall zu verallgemeinern. Es gäbe hunderte und tausende Funktionäre von Wohnbaufirmen, die ehrlich bestrebt seien, an der Beseitigung der Wohnungsnot mitzuhelfen.

Hinsichtlich der Wohnungswerber, die an den Machenschaften von "Helios" und "Wohnkomfort" unschuldig seien, müsse alles getan werden, um sie vor materiellem Schaden zu bewahren.

In seinem Schlußwort dankte Stadtrat Mayr, daß der Bericht des Kontrollamts einer zwar harten, aber sachlichen Kritik unterzogen worden sei. Er könne versichern, daß die Stadtverwaltung nicht bereit sei, aus politischen Gründen jemand zu decken. In jeder Partei gebe es gute und schlechte Menschen, gute und schlechte Kaufleute. Entscheidendes Kriterium für eine Partei sei, was sie unternimmt, wenn man auf Unregelmäßigkeiten draufkommt. Seinen Dank an das Kontrollamt verband Stadtrat Mayr mit der Bitte an den Gemeinderat, dem Bericht zuzustimmen.

Abstimmung: einstimmig angenommen. (We)

#### Heizwerke und Rechnungshofbericht

StR. Mayr (SPÖ) stellte im Zusammenhang mit dem nun vorliegenden Bericht des Rechnungshofes über das Ergebnis der Gebarungsprüfung 1972/73 bei den Heizbetrieben den Antrag auf Kenntnisnahme. Die Überprüfung durch den Rechnungshof habe sich über längere Zeit erstreckt und den mit der Überprüfung befaßten Organen sei der Dank des Gemeinderates auszusprechen, sagte Mayr. Es liege im Sinne einer Kontrolle, daß im Bericht kritische Bemerkungen überwiegen.

GR. Hirnschall (FPÖ) kritisierte das Fehlen eines Gesamtenergiekonzepts für Wien. Es habe zwar einmal ein solches Konzept gegeben, in dem ein Ring mit sieben Fernwärmewerken mit der Zentrale in der Spittelau vorgesehen war, doch sei es offenbar in irgendwelchen Laden im Rathaus liegengeblieben. Der Rechnungshof schlage auch vor - so Hirnschall - daß sich die Gemeinde mit einem solchen Großkonzept wieder beschäftigen sollte.

Er forderte auch eine optimale Organisationsform zwischen den drei Energieträgern E-Werke, Gaswerke und Fernwärmewerke. Nur so könnte das Tarifchaos auf dem Wärmesektor beseitigt werden. Hirnschall bemängelte die unausgenützte Kapazität des Spittelauer Fernwärmewerkes und im Zusammenhang damit falsche Terminerstellungen beim Bau des Allgemeinen Krankenhauses, Fehlinvestitionen, und Fehleinschätzungen auch bei den Kosten des Leitungsnetzes. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Vorschläge des Rechnungshofes in positiver Weise überprüft werden.

GR. Dkfm. Ammann (ÖVP) wies gleichfalls drauf hin, daß es bei der Ankündigung eines Energiekonzeptes für 1973 geblieben ist. Auch er bemängelte Unsicherheit in der Planung, verzögerten Baubeginn, falsche Kapazitätseinschätzung, Fehler bei der Kalkulation. Die Fernwärme sei dadurch in unverantwortlicher Weise diskriminiert worden. Der Steuerzahler müsse nun dafür zahlen, daß keine genauen Kostenberechnungen erfolgten.

Die ÖVP habe wiederholt eine Wirtschaftlichkeitsberechnung urgiert, aber man habe darauf keine Antwort erhalten. Auch eine Überprüfung durch den Rechnungshof sei lange Zeit abgelehnt worden. So sei es zu enormen Baukostenüberschreitungen gekommen. Die Verantwortung treffe laut Rechnungshofbericht jene Stellen, die es versäumt haben, den Planungsstellen entsprechende Fachleute beizustellen. Beim Werk Spittelau sei sogar weitergebaut worden, obwohl noch keine Genehmigung durch den Gemeinderat vorlag, was einer Kompetenzüberschreitung gleichkomme.

Dies alles habe zu unzumutbaren Nachzahlungen für die Fernwärmebezieher geführt, sagte Ammann, zu einem Abrechnungschaos großen Ausmasses. Erst 1972 habe man dem Antrag der ÖVP entsprochen und den Rechnungshof eingeschaltet. Wenn man alles rechtzeitig erkannt hätte, wären die unsozialen Nachzahlungen unterblieben.

GR. Ammann stellte schließlich einen Antrag, in dem Bürgermeister Gratz als Eigentümerversretreter der Heizbetriebe ersucht wird, die zuständigen Organe der Heizbetriebe zu veranlassen, daß rückwirkend - mit der Senkung des Erdölpreises - die Fernwärmepreise für die Konsumenten entsprechend herabgesetzt werden. (AM)

Ing. Nedwed (SPÖ) waff der ÖVP vor, im Zusammenhang mit den Heizbetrieben seit Jahren unsachlich zu argumentieren. Der Rechnungshofbericht enthalte nichts, was die Angriffe der ÖVP rechtfertige. Das Grundkonzept werde positiv beurteilt, die Leistungen der Geschäftsführung und Angestellten als beachtlich beurteilt. Auch die Beschuldigung, Bundesmittel seien zweckwidrig verwendet worden, sei durch den Rechnungshofbericht entkräftet. Nedwed meinte abschließend, er hoffe, die Heizbetriebe würden künftig im Interesse guter Arbeit in der Zukunft aus dem politischen Streit herausgehalten.

Dr. Maria Schaumayer (ÖVP) startete mit einem Angriff auf ihren Vorredner, sie habe das Gefühl gehabt, Ing. Nedwed habe den Rechnungshofbericht gar nicht gelesen. Die aufgezeigten Fehlentscheidungen einfach zu ignorieren und zu überblättern zeige von der überheblichen Haltung der Wiener SPÖ und verspreche nichts Gutes für die Zukunft. Sachlich falsche Entscheidungen, Fehlplanungen und falsche Personalauswahl habe mit dazu beigetragen, den Bürgern dieser Stadt über Gebühr das Geld aus der Tasche zu ziehen. Wenn Bürgermeister Gratz in Zeitungsinterviews meine, von der ÖVP zuwenig herausgefordert zu werden, müsse sie dem entgegenhalten: Dieses Debakel zu korregieren und damit die sozialistische Alltagsarbeit zu ändern, wäre Herausforderung genug. Dr. Maria Schaumayer brachte drei Anträge ein, um, wie sie sagte, "zu retten, was noch zu retten ist".

1. Umwandlung der Heizbetriebe Ges.mbH in ein Teilunternehmen der Wiener Stadtwerke;
2. angemessene und kostendeckende Vergütung für die Müllver-nichtung;
3. Aufhebung des Gemeinderatsbeschlusses hinsichtlich der zweiten Wärmekraftkupplung des Fernheizwerkes Spittelau.

Finanzstadtrat Hans Mayr meinte in seinem Schlußwort, bei der Debatte über den Rechnungshofbericht zum Thema Heizbetriebe hätte die politische Argumentation über den Sachverstand gesiegt. Die Fernwärmekunden seien beispielsweise nie über Gebühr belastet worden. Der Wärmepreis werde so berechnet, als sei das Fernwärme-werk voll ausgelastet. Der Vorwurf Überdimensionierung sei eben-

falls falsch. Die Gemeinschaft müsse auch Vorleistungen auf sich nehmen, deren positive Auswirkungen erst in Jahren zu spüren sein werden. Mayr empfahl die Anträge der geschäftsmäßigen Behandlung zuzuweisen.

Der Rechnungshofbericht wurde einstimmig zur Kenntnis genommen, die Anträge ebenfalls einstimmig zugewiesen. (RP)

#### Stadionmiete abgeschafft

StR. Heller (SPÖ) beantragte, die bisher bei Veranstaltungen im Praterstadion eingehobene Miete von 6,4 Prozent der Bruttoeinnahmen abzuschaffen. Statt dessen soll künftig nur ein Erhaltungskostenaufwand von zwei Prozent der Einnahmen eingehoben werden. Es soll damit erreicht werden, daß wieder mehr Veranstaltungen im Stadion durchgeführt werden.

GR. Wiesinger (SPÖ) bezeichnete den Antrag als weiteren Schritt auf dem Weg der indirekten Sportförderung, der nicht nur dem Fußball, sondern vor allem auch der Leichtathletik zugute kommen wird. Er schilderte die Bemühungen der Stadt, den Sport zu fördern und verwies darauf, daß zum Beispiel allein die Übernahme von Stadthallenmieten jährlich fast 35 Millionen S kostet und daß die 362 städtischen Turnsäle gratis zur Verfügung gestellt werden.

Abstimmung: einstimmig angenommen. (Sti)

#### Großgrünanlage Laaer Berg

GR. Haberl (SPÖ) legte den Antrag vor, für die Errichtung der Großgrünanlage Laaer Berg den Sachkredit um 25,446.000 S von 598,700.000 S auf 624,146.000 S zu erhöhen und gleichzeitig den Bau-Beauftragungsvertrag mit der Heilquelle Ober-Laa Kurbetriebsgesellschaft mbH in der Höhe von 170,000.000 S um 32,325.000 S auf 202,325.000 S zu erweitern.

GR. Arthold (ÖVP) erklärte dazu, daß seine Fraktion dem Grundsatzbeschluß zur Errichtung der WIG zwar zugestimmt habe aber seit November 1973 zu den Krediterhöhungen Nein sagen müsse, weil sich die Anlage als Faß ohne Boden erweise. Seit dem Grund-

satzbeschluß habe es Krediterhöhungen von 119 Millionen, dann weiter um 129,7 Millionen gegeben, die jeweils mit sehr hohen Prozentsätzen an Preis- und Lohnkostenerhöhungen begründet worden waren. Dazu sei gekommen, daß drei Monate nach Eröffnung der WIG im Akt vermerkt worden sei, daß alle bisherigen Kosten auf groben Schätzungen beruht hätten. Die Kurhalle sei mit Kosten von 32 Millionen S geplant gewesen, mit Endkosten von 75 Millionen abgeschlossen worden. Dafür sei sie aber nur an 19 Tagen benützt worden. Kritik übte der Redner auch an der Kurbetriebsgesellschaft, die ihre Abrechnungen nicht rechtzeitig vorlege. Der Gemeinderat werde damit zu einem Beglaubigungsverein, der nach Jahren jeweils Geldmittel zu genehmigen habe, die längst verbaut worden seien. Schließlich sei es abzulehnen, daß die Tennishallen an Privatfirmen vermietet werden. Mit zwei Fragen schloß GR. Artold seinen Debattenbeitrag:

Wie teuer wird die WIG noch?

Wer ist auf der WIG für was zuständig?

GR. Braun (SPÖ) wies darauf hin, daß es um zwei verschiedene Dinge gehe: Um die WIG, die abgeschlossen sei und für die es keine Kostenerhöhungen mehr gäbe und um die Großgrünanlage als Freizeitraum für die Wiener Bevölkerung, die bereits in starkem Ausmaß die Anlage zur Erholung benütze. Auch die Kuranstalt werde stark frequentiert. Seit der Eröffnung wurden 350.000 Kurgäste gezählt und das Hallenbad wurde von 260.000 Besuchern, trotz der sechsmonatigen Sperre, benützt.

In Anbetracht der allgemeinen Baupreientwicklung könne die Kritik an den 165 Millionen an Lohn- und Baupreissteigerungen nicht als sachlich angesehen werden. Es werde sehr genau zwischen jenen Kosten für Preissteigerungen und jenen für zusätzliche Freizeiteinrichtungen unterschieden. Die WIG jedenfalls sei nicht teurer gekommen als veranschlagt gewesen war. Die Mehrkosten erforderten die zusätzlichen Umbauten für die ständige Einrichtung eines Erholungsgebietes für die Wiener Bevölkerung.

Abstimmung: mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (Smo)

Tennisplätze

GR. Haberl (SPÖ) referierte über den Umbau der Tennis-Einzelhallen auf der Großgrünanlage Laaer Berg, die Ausstattung der Kurhalle für Veranstaltungs- und Kongreßzwecke, den Umbau von zwei Zelthallen für ganzjährigen Tennisbetrieb und die Errichtung von acht Freitennisplätzen, wofür ein Gesamtbetrag in Höhe von 13,070.000 S benötigt wird.

In der Debatte sagte GR. Dkfm. Bauer (FPÖ), damit sei genau das eingetreten, was die Freiheitlichen seinerzeit vorausgesagt hätten, nämlich, daß die Hochbauten nach Beendigung der WIG funktionslos seien. Aus diesem Grund müßten sie umgebaut werden. Die Kostenexplosion der WIG 74 sei nicht so sehr auf die garten-technischen Einrichtungen, sondern mehr auf die Hochbauten zurückzuführen.

In seinem Schlußwort wies GR. Haberl darauf hin, daß die bereits umgestalteten Tennishallen eifrig von der Bevölkerung benützt werden: an 18 von 24 Stunden sind sie voll ausgelastet.

Abstimmung: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Kahlenberger Dorf

Das letzte Geschäftsstück, referiert von GR. Deutsch (SPÖ), betraf die Einbeziehung des Kahlenberger Dorfes in den Einheits-tarif der Wiener Verkehrsbetriebe. GR. Dkfm. Bauer (FPÖ) deponierte, daß es seine Partei gewesen war, die am 31. Jänner 1975 einen entsprechenden Antrag gestellt hätte. GR. Holub (SPÖ) erklärte, daß bereits 1963 und 1973 Anträge der Bezirksvertretung auf Tarif-angleichung gestellt wurden, und GR. Krainer (ÖVP) erinnerte daran, daß es sich um gemeinsame Anträge beider Parteien gehandelt habe.

Abstimmung: einstimmig angenommen. (We)

(Ende des Sitzungsberichtes)

L o k a l :

"=====

## gewaesserverunreinigung in der Lobau

7 wien, 25.4. (rk) durch die abwaesser einer in der naehe des oelhafens angesiedelten firma wurde in den letzten wochen in lokalen bereichen das grundwasser in der lobau verseucht. dies steht jetzt nach eingehenden untersuchungen durch die versuchs- und forschungsanstalt der stadt wien, die wasserwerke, und die hygienisch-bakteriologische untersuchungsanstalt des gesundheitsamtes eindeutig fest.

sofort nach bekanntwerden des ersten verdachtes wurden alle massnahmen getroffen, um jede gefahr fuer das trinkwasser zu bannen. der brunnen "alter kreuzgrund" wurde vorsichtshalber sofort stillgelegt. wie sich spaeter herausstellte, war diese handlung richtig. erste untersuchungsproben ergaben naemlich, dass verunreinigtes wasser in das grundwasser dieses brunnenbereiches eingedrungen war.

um jede sogwirkung zu den trinkwasserbrunnen zu verhindern, wurde spaeter ein weiter entfernter brunnen, der brunnen "grossrohr-woerth" ebenfalls stillgelegt. um das verunreinigte grundwasser zu entfernen, wurde in den letzten tagen eine entleerungsleitung vom unmittelbar betroffenen brunnen "alter kreuzgrund" zur donau gelegt. da donnerstag die entnommenen wasserproben noch immer einen leichten geruch aufwiesen, wurde freitag damit begonnen, das grundwasser in diesem bereich ueber die oberflaechenleitung in die donau zu pumpen. seit heute 10.20 uhr foerdert dieser brunnen das wasser in den donaustrom.

fuer den durch die verunreinigung entstandenen schaden wird jene firma aufkommen muessen, die als verursacher der verschmutzung eindeutig festgestellt wurde. kosten entstehen insbesondere durch den bau der entleerungsleitung, durch mehrausgaben fuer ersatzwasserbeschaffung und durch endgueltige sanierungsmassnahmen. wie lang das grundwasser in diesem bereich unbrauchbar sein wird, steht zur zeit noch nicht fest. rund um den brunnen wurde ein netz von messtellen errichtet. wasserproben werden taeglich entnommen und von chemikern ueberprueft. (rp)